Starke Landwirtschaft statt EU-Rüstungswahn und Freihandelsabenteuer - Interessen Brandenburgs bei Diskussionen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und um das Mercosur-Abkommen selbstbewusst vertreten

Drucksache **8/2282** · eingebracht 2026-01-16 — Antragsteller: **BSW**

Landwirtschaft | EU-Politik | Klimaschutz | Ländlicher Raum

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert, Brandenburgs Interessen im EU-Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 durch Ablehnung von Rüstungsaufstockung, Erhalt der GAP-Zwei-Säulen-Struktur und Stärkung lokaler Förderinstrumente wie LEADER durchzusetzen — und das Mercosur-Abkommen abzulehnen.

KERNFORDERUNGEN

- Ablehnung von NRPP und EU-Rüstungsaufstockung
- Erhalt der Zwei-Säulen-GAP und Kappung großer Betriebe
- Ablehnung Mercosur-Abkommen und Forderung nach Herkunftskennzeichnung

BEWERTUNG

7.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) durch Forderung nach Kappung großer Betriebe und Ausschluss überregionaler Investoren aus Agrarförderung, fördert ökologische Nachhaltigkeit (D3) durch Schutz landwirtschaftlicher Nutzfläche und Ablehnung von Billigimporten mit niedrigen Standards, und stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch LEADER-Ringfencing und lokale Projektsteuerung. Schwächen liegen in der fehlenden Verknüpfung zu kommunalen Beschaffungsprozessen (A) und einer einseitigen Kritik an EU-Demokratie ohne konstruktive Vorschläge zur Stärkung demokratischer Kontrolle (E5).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Forderung nach Agrarstrukturreform
- Stärkung lokaler Steuerung durch LEADER-Ringfencing
- Kritik an ökologisch schädlichem Freihandel

Schwächen

- Pauschale EU-Kritik ohne demokratische Alternativvorschläge
- Fehlende Verknüpfung zu kommunalen Beschaffungsprozessen (A)
- Keine Berücksichtigung von Lieferkettenverantwortung (A3/A4)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	+	·	++	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	+	+	-

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D3 **Ökologische Nachhaltigkeit** `Bewertung: +4`

Schutz landwirtschaftlicher Nutzfläche, Ablehnung von Freihandel mit niedrigen Umweltstandards

D4 **Soziale Gerechtigkeit** `Bewertung: +4`

Kappung bei >1.500 ha, Degression ab 500 ha, Ausschluss überregionaler Investoren, Mindestquote für LEADER

D1 **Menschenwürde im ländlichen Raum** `Bewertung: +3`

Sicherung von Existenzgrundlagen für Landwirt:innen und Ernährungssouveränität

D5 **Transparenz & Mitbestimmung** `Bewertung: +3`

Stärkung lokaler Steuerung durch LEADER/CLLD, Vereinfachung bürokratischer Berichtspflichten

E5 **Transparenz & Mitbestimmung über Grenzen hinaus** `Bewertung: -2`

Einseitige Kritik an EU-Bürokratie und Militarisierung ohne Vorschläge zur Demokratisierung europäischer Institutionen

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

BSW

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag entspricht exakt den Kernpositionen des BSW-Wahlprogramms 2024: Ablehnung von Mercosur ([Q11]), Forderung nach Kappung und Degression ([Q11], [Q14]), Schutz landwirtschaftlicher Nutzfläche ([Q15]), Stärkung der heimischen Landwirtschaft gegen Billigimporte und für Ernährungssouveränität.

> „Photovoltaikanlagen müssen zuerst auf bereits versiegelten Flächen, Deponien und ehemaligen Truppenübungsplätzen entstehen. Wir bekennen uns zur flächendeckenden Landbewirtschaftung."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 39

> „Keine weitere Versiegelung von landwirtschaftlicher Nutzfläche."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 40

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das BSW-Grundsatzprogramm ist nicht im Kontext hinterlegt — Bewertung nicht möglich. Score basiert auf konsistenter Ausrichtung mit veröffentlichten Leitlinien: Sozialstaatlichkeit, Souveränität, regionale Wertschöpfung, Kritik an neoliberaler Globalisierung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

6/10

Teilweise Übereinstimmung: SPD fordert Sicherung ländlicher Schulstandorte ([Q5]) und stärkt Regionalentwicklung ([Q4]). Aber klare Differenzen bei Mercosur (SPD unterstützt EU-Freihandel mit Nachhaltigkeitsklauseln) und bei EU-Militarisierung (SPD befürwortet europäische Verteidigungskooperation, z.B. [Q8]). Kein direkter Bezug zu den hier genannten Quellen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

SPD-Hamburger Programm betont Solidarität, soziale Marktwirtschaft und ökologische Verantwortung ([Q6], [Q7], [Q9]), was mit Forderungen nach fairen Bedingungen für Landwirt:innen übereinstimmt. Aber es verankert auch internationale Solidarität und multilaterale Kooperation ([Q7], [Q8]), was der pauschalen EU-Kritik widerspricht.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM 4/10

Widerspruch zu CDU-Wahlprogramm: CDU befürwortet Technologieoffenheit, Klimaneutralität 2045 und EU-Integration ([Q1]–[Q5]). Die pauschale Ablehnung von EU-Militärkooperation („ReArm Europe“) und Freihandel steht im Kontrast zur CDU-Position. Auch die Kritik an EU-Bürokratie ist selektiv — CDU will Bürokratieabbau, aber nicht grundsätzliche EU-Skepsis.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 5/10

CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Subsidiarität, Föderalismus und Schöpfungsverantwortung ([Q1]–[Q5]), was mit Forderungen nach regionaler Steuerung (LEADER) und Naturschutz übereinstimmt. Aber die starke EU-Kritik und Anti-Militarisierung widersprechen der CDU-Position zur transatlantischen Partnerschaft und europäischen Sicherheitsarchitektur.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 8/10

Hohe Übereinstimmung: AfD lehnt Mercosur ab ([Q11] analog), kritisiert EU-Militarisierung und Bürokratie, fordert nationale Souveränität und Energieversorgungssicherheit ([Q11], [Q13]). Allerdings fehlt im AfD-Wahlprogramm expliziter Bezug zur Agrarpolitik oder LEADER.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 8/10

AfD-Grundsatzprogramm 2016 betont nationale Souveränität, EU-Kritik, Abschaffung der Energiewende und strikte Einwanderungskontrolle ([Q11]–[Q15]). Die Kritik am MFR und Mercosur passt gut dazu — allerdings fehlt eine explizite agrarpolitische Fundierung im Grundsatzprogramm.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Europäische Union, ursprünglich mit der Intention gegründet, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit souveräner europäischer Staaten zu ermöglichen und Frieden sowie Wohlstand in Europa zu garantieren, entwickelt sich immer mehr zu einem Bürokratiemonster...

> Die Europäische Union muss ihre demokratische Legitimation stärken und ihre Politik stärker an den Grundwerten Menschenwürde, Solidarität und ökologischer Verantwortung ausrichten — statt Bürokratiekritik pauschal zu betreiben, fordern wir konkrete Reformen wie direkte Bürgerbeteiligung bei EU-Förderentscheidungen und stärkere Kontrolle durch nationale Parlamente.

Begründung: Stärkt GWÖ-Wert 'Transparenz & Mitbestimmung' (E5) und vermeidet anti-europäische Generalisierungen, die Gemeinwohl-Prinzipien untergraben.

Vorschlag 2 von 3

Original: sich für die Kappung der Beihilfen auf Betriebsgrößen über 1.500 Hektar einzusetzen, den Beginn der Degression auf Betriebsgrößen über 500 Hektar zu beschränken und Betriebe im Eigentum überregionaler Investoren grundsätzlich von der Agrarförderung auszuschließen

> sich für die Kappung der Beihilfen auf Betriebsgrößen über 1.500 Hektar einzusetzen, den Beginn der Degression auf Betriebsgrößen über 500 Hektar zu beschränken und Betriebe im Eigentum überregionaler Investoren grundsätzlich von der Agrarförderung auszuschließen — sofern sie nicht nachweislich gemeinwohlorientierte, ökologisch nachhaltige und sozial verantwortliche Strukturen nachweisen können

Begründung: Vermeidet pauschale Diskriminierung und stärkt GWÖ-Werte 'Solidarität' (B2) und 'Ökologische Nachhaltigkeit' (B3) durch positive Kriterien statt bloßer Ausschlusslogik.

Vorschlag 3 von 3

Original: sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nicht ratifiziert wird

> sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nur dann ratifiziert wird, wenn es verbindliche, sanktionsbewehrte Klauseln zum Klimaschutz, zum Schutz der Biodiversität, zur Einhaltung internationaler Arbeitsstandards und zur Herkunftskennzeichnung enthält

Begründung: Stärkt GWÖ-Werte 'Ökologische Nachhaltigkeit' (E3) und 'Soziale Gerechtigkeit' (E4) durch konstruktive, gemeinwohlorientierte Handelspolitik statt reiner Absage.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

> **Mehrheit gegen die Empfehlung dieses Werkzeugs** — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · BB8-26

Original-Antrag

Drucksache 8/2282

Starke Landwirtschaft statt EU-Rüstungswahn und Freihandelsabenteuer - I·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag Brandenburg **Drucksache 8/2282**
8. Wahlperiode Neudruck

Antrag

der BSW-Fraktion

Starke Landwirtschaft statt EU-Rüstungswahn und Freihandelsabenteuer – Interessen Brandenburgs bei Diskussionen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und um das Mercosur-Abkommen selbstbewusst vertreten

Der Landtag stellt fest:

Die Europäische Union, ursprünglich mit der Intention gegründet, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit souveräner europäischer Staaten zu ermöglichen und Frieden sowie Wohlstand in Europa zu garantieren, entwickelt sich immer mehr zu einem Bürokratiemonster, welches lebensferne Vorgaben für Nationalstaaten, Regionen sowie Kommunen beschließt und unliebsame Meinungen sanktioniert. Auch die besorgniserregende Fortentwicklung der EU hin zu einer hochgerüsteten Militärunion zur Durchsetzung transatlantischer Interessen ist nicht mehr zu übersehen. Dies zeigt unter anderem der Plan der EU-Kommission zur Wiederbewaffnung Europas („ReArm Europe / Readiness 2030“), welcher darauf abzielt, bis 2030 nahezu 800 Milliarden Euro an zusätzlichen Verteidigungsinvestitionen in Europa zu mobilisieren, hauptsächlich durch nationale Mittel der Mitgliedstaaten, gestützt durch EU-Finanzierung wie das SAFE-Instrument (bis 150 Mrd. € an Darlehen). Zugleich werden wichtige EU-weite Zielsetzungen wie der Schutz und die Stärkung der heimischen Landwirtschaft sträflich vernachlässigt.

Diese Tendenz offenbart sich auch im Rahmen der aktuellen Diskussionen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Alle sieben Jahre einigen sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf einen langfristigen EU-Haushalt, den sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Die jährlichen EU-Haushaltspläne richten sich dann nach den Vorgaben des MFR. Der jährliche EU-Haushalt weist Finanzmittel durch thematische Förderprogramme an Endbegünstigte zu, unter anderem an die Regionen. Vor diesem Hintergrund spielt die aktuelle Debatte über den Vorschlag der EU-Kommission vom 16.07.2025 zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 – 2034 auch für Brandenburg eine wichtige Rolle. Das Ende der Verhandlungen um diesen MFR-Entwurf wird bis Ende 2026 angestrebt. Es ist daher unabdingbar, dass Brandenburg sich aktiv und kritisch in diesen Diskussionsprozess einbringt und auf Bundes- sowie auf EU-Ebene eine angemessene Berücksichtigung der brandenburgischen Interessen einfordert.

Eingegangen: 16.01.2026 / Ausgegeben: 19.01.2026

Der Vorschlag der EU-Kommission sieht grundlegende strukturelle Änderungen des Mehrjährigen Finanzrahmens mit neuen thematischen Prioritäten vor. Insgesamt soll das Mittelvolumen des MFR spürbar ansteigen. Die nationalen Beiträge der „Nettobeitragszahler“ wie Deutschland würden sich um 30 % erhöhen. Zusätzliche Prioritäten des neuen MFR wären laut Kommissionsentwurf der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der EU in der Welt, die Sicherung der Industrie, außerdem Migration, Energieversorgung und Klimaresilienz sowie Sicherheit und Verteidigung. So sollen die Mittel für Aufrüstung gegenüber dem aktuellen MFR um das Fünffache ansteigen, wie auch der aktuelle MFR-Bericht des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom 13.10.2025 feststellt – nämlich auf 130,7 Milliarden Euro. Zugleich soll die bislang funktionierende Zwei-Säulen-Struktur in der Agrarpolitik in einen großen gemeinsamen Fonds mit dem Namen „Nationale und Regionale Partnerschaftspläne“ (NRPP) überführt werden. Dabei ist eine Mittelkürzung des Agrarbereichs gegenüber dem laufenden MFR von 387 Milliarden Euro auf 302 Milliarden Euro vorgesehen, ebenso wie eine Umverteilung innerhalb des Agrarbereichs.

Aus Sicht Brandenburgs ist der Vorschlag der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen in vielerlei Hinsicht nicht tragbar. Die NRPP, deren Mittelzuteilung von zahlreichen Unsicherheiten abhängig ist, würde die Bundesländer von bisher noch unbekannten (Reform-)Vorgaben seitens EU und Bund abhängig machen und ihren Handlungsspielraum in nicht vertretbarer Weise einschränken. Befürchtet wird auch, dass strukturschwächere Regionen nicht angemessen an Mitteln des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit partizipieren werden. Mit dem Paradigmenwechsel in Form einer grundlegenden Abkehr von der bisherigen Struktur und Ausrichtung sind noch nicht absehbare Auswirkungen auf die Mittelausstattung sowie auf die Ausgestaltung der zukünftigen Verwaltungsstrukturen und -verfahren verbunden. Zudem sieht der MFR-Entwurf im Gegensatz zum bisher angewendeten Verfahren keine inhaltlichen Vorgaben für die Entwicklung des ländlichen Raumes vor. Insbesondere gibt es keine Festlegung einer finanziellen Mindestausstattung für die ländliche Entwicklung und für die LEADER-Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raums, mit der bislang Bürger, Vereine, Kommunen und Unternehmen dabei unterstützt wurden, ihre Region durch innovative Projekte zu gestalten und zu stärken, basierend auf lokalen Ideen. Eine Schwächung bewährter Instrumente wie LEADER oder deren Überführung in zentralisierte Wettbewerbsfonds würde kleine Kommunen dauerhaft benachteiligen. Der Wettbewerb erschiene zwar auf dem Papier fair, wäre faktisch jedoch strukturell ungerecht, da vor allem Städte mit großen Verwaltungsapparaten profitieren und ländliche Gemeinden abgehängt würden.

Zugleich treibt die EU-Kommission die Öffnung der EU-Agrarmärkte für Agrarüberschussländer mit niedrigeren sozialen und ökologischen Standards in Form der erweiterten Freihandelszone mit der Ukraine und des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten voran. So trat am 29.10.2025 die überarbeitete Fassung des EU-Ukraine-Freihandelsabkommens (DCFTA) in Kraft. Für die Einfuhr sensibler Produkte (z. B. Zucker, Geflügel, Eier, Weizen, Mais, Honig) gelten nun erhöhte Kontingente, für nicht sensible Produkte wurde sogar die vollständige Liberalisierung hinsichtlich des Marktzugangs beschlossen. Am 09.01.2026 machte zudem eine Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten mit Zustimmung der Bundesregierung den Weg für das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen frei. Die Ratifizierung des Abkommens durch die Mercosur-Staaten und eine Abstimmung im EU-Parlament über das Mercosur-Abkommen stehen zwar noch aus, jedoch ist auch eine vorläufige Anwendung des Abkommens vor Zustimmung des EU-Parlaments nicht ausgeschlossen.

Angesichts dieser Entwicklung ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Agrarförderung wichtiger denn je, um Einkommensverluste für die heimische Landwirtschaft abzufedern. Auch ist die von der EU-Kommission vorgeschlagene Kappung und Degression für brandenburgische Verhältnisse zu niedrig angesetzt und ignoriert vollständig das agrarstrukturelle Problem des Ausverkaufs brandenburgischer Betriebe an überregionale Investoren. Eine Abschaffung der zwei-Säulen-Struktur in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wäre auch insgesamt nachteilig für die ländliche Entwicklung.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf:

1. sich auf Bundes- sowie auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass brandenburgische Interessen im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union 2028 – 2034 eine angemessene Berücksichtigung erfahren. Dazu gehört:

   a) die „Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne“ (NRPP) in ihrer jetzigen Form abzulehnen und eine stärkere Position der Bundesländer einzufordern,

   b) die Prioritätensetzung des MFR-Vorschlags der EU-Kommission und die angestrebten unangemessen hohen Mittelaufwüchse z.B. im Verteidigungsbereich sowie die Kürzungen beispielsweise im Agrarbereich abzulehnen und sich für eine angemessene Mittelausstattung für Kohäsions- und Agrarpolitik einzusetzen,

   c) sich für die Beibehaltung der Zwei-Säulen-Struktur in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einzusetzen,

   d) sich für die Kappung der Beihilfen auf Betriebsgrößen über 1.500 Hektar einzusetzen, den Beginn der Degression auf Betriebsgrößen über 500 Hektar zu beschränken und Betriebe im Eigentum überregionaler Investoren grundsätzlich von der Agrarförderung auszuschließen,

   e) auf die zügige Vereinfachung der umfangreichen Berichtspflichten und der entstandene Prüfpraxis hinzuwirken,

   f) sich für eine verbindliche Mindestquote (Ringfencing) für LEADER/CLLD und für eine ausreichend hohe EU-Kofinanzierung einzusetzen, um die Förderung der ländlichen Entwicklung ohne Abwertung sicherzustellen und eine Benachteiligung finanzschwacher Kommunen zu verhindern;

2. sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nicht ratifiziert wird;

3. sich gegen den Abschluss und die Umsetzung weiterer unausgewogener Handelsabkommen einzusetzen;

4. zum Schutz der Brandenburger Landwirte vor zusätzlicher Konkurrenz durch Billigimporte aus Drittstaaten eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung auf allen Lebensmitteln einzufordern;

5. sich für die Verlängerung der laufenden Förderperiode einzusetzen;

6. auch durch politische Veranstaltungen in der Vertretung des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union die Stimme Brandenburgs in Brüssel hörbar zu machen.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag hatten sich SPD und BSW darauf verständigt, die Verhandlungen über den MFR der Europäischen Union und die Vorbereitung der EU-Förderung für die Zeit ab 2028 intensiv zu begleiten sowie entsprechende landespolitische Prioritäten zu formulieren. Zudem hat der Landtag im Doppelhaushalt 2025/2026 die Grundlage geschaffen, um die Stimme Brandenburgs in Brüssel hörbarer zu machen, indem er einen großen Mittelaufwuchs für die Vertretung des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union beschlossen hat. Da der am 16.07.2025 vorgestellte Vorschlag der EU-Kommission zum MFR Kerninteressen der Bundesländer berührt und zahlreiche negative Auswirkungen auf Brandenburg mit sich bringen würde, ist eine weiterhin selbstbewusste Vertretung der Interessen Brandenburgs durch die Landesregierung bei den Diskussionen zum MFR der EU unabdingbar.

Internationaler Handel ist die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders. Freihandel darf allerdings nicht auf dem Rücken der heimischen Landwirtschaft ausgetragen werden. Das Mercosur-Abkommen gewährleistet der brandenburgischen Landwirtschaft keine fairen Wettbewerbsbedingungen und soll deshalb nicht ratifiziert werden.

Um unsere Ernährung langfristig zu sichern und den Selbstversorgungsgrad zu steigern, müssen die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt, ein gerechter Zugang zu Land geschaffen, faire, regionale und krisenfeste Lebensmittelmärkte und das Lebensmittelhandwerk gestärkt werden.